



„Die Militärs sind über die verbleibenden Kanäle, die noch nicht eingefroren sind, in Verbindung.“

Der russische Außenminister Sergej Lawrow setzt weiter auf Kommunikation



„Es ist die schlimmste Fakenews, die wir bisher von der russischen Propagandamaschine gesehen haben.“

Die britische UN-Botschafterin Karen Pierce zu dem russischen Vorwurf, Großbritannien habe den mutmaßlichen Giftgasangriff im syrischen Duma selbst inszeniert

## Syrien stellt sich auf Angriff ein

DAMASKUS (dpa). Nach der Drohung von US-Präsident Donald Trump mit einem Militärschlag stellt sich Syrien auf einen Angriff ein. Aus regierungsnahen Kreisen hieß es, zahlreiche staatliche und militärische Einrichtungen in der Hauptstadt Damaskus seien in Alarmbereitschaft versetzt worden. In vielen Behörden sei die Zahl der anwesenden Mitarbeiter verringert worden. Ein dpa-Reporter meldete am Freitag, in den vergangenen Tagen habe der Verkehr auf den Straßen der Hauptstadt deutlich abgenommen. Bereits in den vergangenen Tagen hatten die syrische Streitkräfte begonnen, sich von Stützpunkten zurückzuziehen.

Ein Anwohner aus Damaskus mit dem Namen Ibrahim be-

richtete, die Menschen in der Hauptstadt lebten wegen der Drohungen in Sorge und Angst vor einem möglichen Angriff. Einige gingen nachts nicht mehr auf die Straße, weil sie davon ausgingen, dass eine Bombardierung zu dieser Zeit erfolgen werde, sagte der 29-Jährige.

Andere Anwohner zeigten sich gelassener. Eine Bewohnerin, die in der Nähe des syrischen Präsidentenpalastes lebt, berichtete, das Leben in Damaskus laufe mehr oder weniger normal. Trumps Drohungen halte sie für „reine Propaganda“. Ein Student sagte der dpa, er sei nicht besorgt, weil Trumps Vorwürfe auf „Lügen und konstruierten Nachrichten“ basierten: „Mein Alltagsleben geht normal weiter.“

© Alle Rechte vorbehalten



Kommt der von US-Präsident Trump angekündigte Raketenangriff? Wie werden die Russen darauf reagieren? Zunächst werden die gegenseitigen Vorwürfe schärfer – eine schwierige Lage auch für die Menschen in den Flüchtlingslagern. APA/afp/ZEIN AL RIFA



Soldaten in Damaskus rüsten sich für den Angriff. APA/epa/SANA HANDOUT

# Moskau beschuldigt London

KONFLIKT: Säbelrasseln in Washington – Schuldzuweisungen aus Moskau – Alarmbereitschaft in Syrien

NEW YORK/MOSKAU (dpa). Knapp eine Woche nach dem mutmaßlichen Giftgasangriff in Duma bleibt die Lage im Konflikt um Syrien angespannt. Russland stuft den Vorfall in der Stadt Duma, bei dem nach unterschiedlichen Angaben zwischen 42 und 85 Menschen durch Giftgas getötet worden sein sollen, als inszenierte Provokation Großbritanniens ein.

„Wir haben Beweise, dass Großbritannien an der Organisation dieser Provokation in Ost-Ghuta direkt beteiligt ist“, sagte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschukow, mit Blick auf den Vorfall in Duma. Die britische UN-Botschafterin Karen Pierce bezeichnete den russischen Vorwurf als „grotesk“, „bizar“ und

„offenkundige Lüge“. „Es sind die schlimmsten Fake News, die wir bisher von der russischen Propagandamaschine gesehen haben.“ Ermittler der Organisation für das Verbot von Chemiewaffen (OPCW) wollen von heute (Samstag) an in Duma untersuchen, ob ein Giftgasangriff stattgefunden hat. Die Verantwortlichen ermitteln sollen sie aber nicht.

Russland warnte die USA vor „unüberlegten Schritten“. Washington dürfe die Welt nicht mit Signalen zu einem möglichen Angriff in Syrien in Unruhe versetzen, sagte Vizeaußenminister Sergej Rjabkow. „Wir sind der Meinung, dass die USA in dieser Situation eine deutlich konstruktivere Rolle spielen könnten“, sagte der Diplomat der Agentur Interfax zufolge. Außenminister Sergej Lawrow betonte aber auch den russischen Willen zur Deeskalation und

sagte, die militärischen Kommunikationskanäle zwischen Moskau und Washington seien intakt.

Trump hatte am Mittwoch mit einem Angriff auf syrische Stellungen gedroht. Bis zu einer Entscheidung sollten nach Angaben des Weißen Hauses aber weitere Geheimdienst Erkenntnisse ausgewertet werden. Die USA machen die syrische Regierung für den mutmaßlichen Einsatz von Chemiewaffen in Duma verantwortlich. Damaskus und Moskau dementieren dies und argumentieren, es gebe keine Beweise. „Unsere Spezialisten haben keine Spuren des Einsatzes von Giftstoffen gefunden“, sagte Russlands UN-Botschafter Wassili Nebensja am Freitag.

Die OPCW-Ermittler sollen ihren Bericht über den Vorfall binnen 30 Tagen dem Exekutivrat der OPCW übergeben. Zuvor hatte eine gemeinsame Ermitt-

lungskommission von OPCW und UN die syrische Regierung für mehrere Giftgasangriffe verantwortlich gemacht. Russland verhinderte mit einem Veto im UN-Sicherheitsrat jedoch mehrfach, dass das Mandat der Kommission verlängert wurde. Im November lief das Mandat aus; Versuche, eine Nachfolgerkommission zu schaffen, scheiterten im Rat.

Dort traten die UN-Botschafter am Freitag erneut zusammen, um über die drohende militärische Eskalation zu beraten. Russlands UN-Botschafter Nebensja sagte, ein Angriff der USA gegen syrische Truppen würde eine „illegale Kampfhandlung gegen einen souveränen Staat“ darstellen. Schon eine solche Drohung widerspreche der UN-Charta vollkommen. Es wirke, als wolle Washington das Bürgerkriegsland „kategorisch“ angreifen.

© Alle Rechte vorbehalten

## MINDERHEITEN IN EUROPA

### Viktor Orban und der hl. Stephan

VESZPRÉM (sch). Der ungarische Ministerpräsident hat die Wahl in Ungarn mit der Betonung nationaler Werte und der Ablehnung von Einwanderung und gemeinsamen europäischen Werten gewonnen. Eine besonders klare Ansage tat er vor einiger Zeit bei einer Rede vor dem ungarischen Städtetag: „Wir müssen Ungarn verteidigen und bewahren, so wie es heute ist. Wir wollen nicht anders sein und wollen uns nicht vermischen: Wir wollen

nicht, dass unsere Hautfarbe, Traditionen und nationale Kultur mit denen anderer vermischt werden. Wir wollen so sein, wie wir es vor 1100 Jahren hier im Karpatenbogen wurden.“ Das sah ein weitläufiger Vorgänger als Regierungschef ganz anders: König Stephan I. der Heilige (969–1038) schrieb einst an seinen Sohn: „Schwach und vergänglich ist ein Reich, in dem nur eine Sprache gesprochen und einerlei Recht gilt.“

## EUROPA-SPLITTER

# Neuer Konsumentenschutz

VERBRAUCHER: EU will die Rahmenbedingungen verbessern

BRÜSSEL. Mitte dieser Woche hat die EU Kommission ein neues Maßnahmenpaket vorgeschlagen, um Konsumenten besser zu schützen. Dies ist als Reaktion auf jüngere problematische Entwicklungen wie den Dieselgate Skandal oder die Aufregung um unterschiedliche Nahrungsmittelqualität in den europäischen Lebensmittelregalen zu werten. Die von der EU-Kommission als New Deal dargestellte Reform soll die Möglichkeit einräumen, Verbandsklagen im Namen von Verbrauchern zu erheben – auch über die Grenzen hinweg. Und Verbraucherschutzbehörden der Mitgliedstaaten sollen wesentlich gestärkt werden.

Der Verbraucherschutz soll auch auf den Online-Bereich ausgeweitet werden. So sollen Verbraucher zukünftig wissen, wie es zur Reihung von Suchergebnissen im Internet kommt und ob zum Beispiel ein Verkäufer dafür bezahlt hat, um bei den Suchergebnissen besser angezeigt zu werden. Beim Kauf einer



Die EU will den Konsumentenschutz verbessern und prüft die Möglichkeit für Sammelklagen durch Organisationen und Verbände. dpa

Ware von einem Online-Marktplatz müssen die Verbraucher klar darüber informiert werden, ob sie Produkte oder Dienstleistungen von einem Unternehmer oder einer Privatperson erwerben, damit sie einschätzen können, ob sie bei Problemen durch Verbraucherrechte geschützt sind. Bei digitalen Dienstleistungen sollen Verbraucher Informationsrechte und ein Rücktrittsrecht nunmehr selbst dann haben, wenn sie die Dienstleistungen kostenlos in Anspruch genommen haben.

Nach den Vorschlägen der EU-Kommission sollen Verbraucherorganisation im Namen einer Gruppe von Verbrauchern, die durch illegale Geschäftspraktiken Schaden erlitten haben, Klage einlegen können, um z.B. eine Entschädigung, einen Ersatz oder eine Reparatur zu erwirken. Dieser kollektive Rechtsschutz ist im EU-Recht bislang nicht vorgesehen und existiert bisher nur in einigen Mitgliedstaaten. Die EU-Richtlinie möchte aber keine amerikanischen Verhältnisse herstellen:

Verbandsklagen können nicht von Anwaltskanzleien angestrengt werden, sondern nur von Einrichtungen wie Verbraucherorganisationen, die keinen Erwerbzzweck verfolgen und von einer Behörde überwacht werden.

Nach einer umfassenden Evaluierung des EU-Konsumentenrechts sollen nun 4 EU-Richtlinien geändert werden. All diese neuen Bestimmungen sollen Unternehmen nicht über Gebühr belasten. Manche Belastungen werden sogar abgeschafft. So dürfen Verbraucher Produkte, die sie nicht nur ausprobiert, sondern bereits verwendet haben, nicht mehr zurückerhalten, und die Unternehmen müssen den Verbrauchern nicht mehr den Kaufpreis erstatten, bevor sie die betreffenden Waren tatsächlich zurückerhalten.

Das Paket all dieser Vorschläge muss nun vom Europäischen Parlament und vom Rat erörtert und beschlossen werden.

© Alle Rechte vorbehalten

## 4 FRAGEN AN ...

### ... Gabriel N. Toggenburg\*



„Dolomiten“: Ist Europa nicht bereits ein Vorreiter im Konsumentenschutz?

Gabriel N. Toggenburg: Alles ist relativ. Es gibt ja auch zwischen den 28 Mitgliedstaaten große Unterschiede.

„D“: Nämlich?

Toggenburg: Gemäß dem 17. von der Kommission vorgelegten Konsumentenschutzbarometer geht es etwa den Konsumenten in Österreich deutlich besser als jenen in Italien. Beim Wissen um Verbraucherrechte und beim Vertrauen in deren Umsetzung liegt Österreich im Spitzenfeld. Italien dümpelt im unteren Mittelfeld.

„D“: In der sogenannten Nutella-Krise beschwerten sich Ungarn und die Slowakei, nicht „Mülleimer Europas“ sein zu wollen. Ist die EU hier unfair? Toggenburg: Das ist eine ganz

heikle Geschichte, da sich hier das Thema des Nahrungsmarktes mit politischen und historischen Befindlichkeiten überschneidet. Fakt ist, dass viele Markenhersteller ihre Produkte EU-weit in unterschiedlicher Qualität verkaufen. Fakt ist aber auch, dass daran nicht die EU schuld ist. Wird der Verbraucher über die Zusammensetzung eines Produktes getäuscht, so ist das ein Verstoß gegen die EU-Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken.

„D“: Verteidigt denn die EU wirklich unsere Rechte als Konsumenten?

Toggenburg: Soweit sie kann, ja. Und das seit Ende der 70er Jahre. Richtlinien zu Produkthaftung, Haustürgeschäften, Verbraucherkrediten, Spielzeugsicherheit oder Werbemaßnahmen zeigen das eigentlich deutlich. Seit Ende 2009 wird der Konsumentenschutz im EU-Recht sogar als Menschenrecht geführt.

\* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz